

## Kinderläden: Träger werden kleine Konzerne

Initiativen und Betriebskindergärten sollen helfen, Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken

*Die Bilanz des Magistrats auf dem Gebiet der Kinderbetreuung ist nach zwei Jahren Arbeit scheinbar imponierend. 1500 zusätzliche Plätze in Krippen, Kindergärten und Horten wurden geschaffen, die Zahl der Erzieherinnenstellen stieg von 943 auf 1024. Und dennoch: Rein rechnerisch gibt es nur für 85 Prozent der rund 17 300 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren Betreuungsplätze in städtischen, konfessionellen, privaten oder Initiativeeinrichtungen. Auch die Prognosen sehen schlecht aus. Die Geburtenrate steigt, Erzieherinnen fehlen, und die Raumkapazitäten reichen nicht aus.*

Das Paradestück der rot-grünen Kinderpolitik ist das Kindersofortprogramm. Rund 750 der neuen Plätze in Krabbelstuben, Kindergärten und Horten entstanden auf private Initiative – meist von Eltern. Die rund 30 derzeit existierenden freien Gruppierungen betreuen damit allein 1500 Kinder vom Säugling bis zum Jugendlichen. Allein die Zahl der Krippenplätze in Frankfurt verdoppelte sich dadurch auf 130. Hinzu kamen sechs zusätzliche Kinder- und 19 Schülerläden, Horte oder ähnliche Betreuungsangebote, die eng mit Grundschulen zusammenarbeiten.

Hätte die Stadt versucht, durch den Bau von Kindertagesstätten eine ähnlich hohe Zahl von Kindern unterzubringen, wären ihr fast zehnmal so hohe Kosten entstanden, lobt Michael Burbach die preiswerte Arbeit der Initiativen. Burbach muß es wissen. Die Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung, der er als Geschäftsführer vorsteht, gilt schon als kleiner Initiativenkonzern. Das Unternehmen hat mittlerweile für viele freie Gruppen mit fast 1000 Kindern die Trägerschaft übernommen. Eine zusätzliche Mitarbeiterin berät seit verganginem Jahr gründerwillige Eltern, welche Voraussetzungen sie für ihr Projekt erfüllen müssen.

Längst sei diese breite Bewegung nicht mehr das Werk einer kleinen bürgerlich-intellektuellen Minderheit, die sich den finanziellen Luxus leiste, ihre Kinder mit ausgefallenen Methoden der Achtundsechziger-Zeit zu fördern, sagt Schuldezernentin Jutta Ebeling (Die Grünen). Sie legt Wert darauf, daß solche Elterninitiativen inzwischen auch in Gebieten der Stadt entstanden sind, die als soziale Brennpunkte

gelten, wo Mütter und Väter kaum auf eigene Faust gehandelt hätten. In Fällen, in denen sich die Eltern nicht in der Lage sehen, selbst aktiv zu werden, springen Vereine wie Burbachs Gesellschaft, die Lehrervereinigung oder der sozialpädagogische Verein für familienergänzende Erziehung ein.

Burbach beispielsweise kennt die Finanzierungsmöglichkeiten, den Grundstücksmarkt und hat bisher nach eigenen Aussagen auch wenig Schwierigkeiten gehabt, Erzieherinnen zu finden. Die meist jungen

Frauen empfänden die Arbeit in privaten Einrichtungen als angenehmer, weil sie selbständiger und eigenverantwortlich handeln könnten. Die Mitarbeit der Eltern beschränkt sich oft nur noch auf einen Küchen- und Aufräumdienst.

Die Stadt läßt sich ihr Kindersofortprogramm einiges kosten. Je neu geschaffenen Platz gibt sie 5000 Mark Investitionskostenzuschuß, zu laufenden Ausgaben schießt der Magistrat für Kinderkrippen 350 Mark je Monat und Kind zu, in Schüler- und Kinderläden erhöht sich dieser Betrag auf 480 Mark. Auch einkommensschwache Familien werden in den Stand gesetzt, ihre Kinder in einen Initiativenhort- oder Kindergarten zu geben. Die wirtschaftliche Jugendhilfe der Stadt gibt bei geringem Einkommen noch einmal bis zu 600 Mark für Säuglinge und 290 Mark für Kinder von drei Jahren an hinzu.

Das Kindergartengesetz der alten Landesregierung sieht ferner einen allgemeinen Zuschuß für freie Einrichtungen privater und kirchlicher Träger in Höhe von 250 Mark je Kind vor, zusätzliche Vergütungen erhält der Betreiber, der den Kindergarten länger als sechs Stunden öffnet. Trotz all dieser Vergünstigungen stockt

der Gründerboom für Initiativen in Frankfurt. Als Grund werden meistens horrende Mieten genannt. Noch hat sich das Schuldezernat im Magistrat mit seiner Forderung nicht durchsetzen können, auch Mietzuschüsse zu zahlen.

Die Manager der Alternativorganisationen und Willi Preßmar vom Stadtschulamt sind ständig auf der Pirsch nach preiswerten freien Wohnungen oder Grundstücken. Wo gestern noch ein Fahrschulbüro existierte, krabbeln heute schon Kleinkinder übereinander. Die Initiativen bauen Badehäuser um, übernehmen ehemalige Bücher- oder Friseurläden. Als lächerlich empfindet es in diesem Zusammenhang der Vorsitzende des Kinderausschusses, Florian Lindemann, daß Eltern, die frühere Wohnungen als Kinderläden nutzten, Wohnraumzweckentfremdung vorgeworfen werde.

Raumangel ist wiederum oft das geringste Hindernis bei den Überlegungen in Frankfurter Privatunternehmen, Betriebskindergärten einzurichten. Meist muß der Betriebsrat harte Überzeugungsarbeit leisten, bis sich – wie im Falle des Behördenzentrums an der Gutleutstraße – der Arbeitgeber dem Gedanken einer firmeneigenen Kinderbetreuung anschließt. In den Augen vieler Firmenchefs passe eine Horde tobender Kinder einfach nicht zum Bild ihres Hauses. Am ehesten sind solche Unternehmen zu überzeugen, die einen hohen Anteil an Frauen in der Belegschaft haben. Von den neun derzeit in Frankfurt bestehenden Betriebskindergärten mit 176 Krippen-, 323 Kindergarten- und 50 Hortplätzen befinden sich allein sieben in Krankenhäusern, einer in einem Altersheim. Noch ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau das einzige Bankunternehmen in Frankfurt, das diesem Beispiel gefolgt ist. Doch es sollen mehr werden. Morgen wird bei der Hoechst AG eine Studie mit dem Titel „Perspektiven und Möglichkeiten betrieblicher Förderung von Kinderbetreuungsangeboten“ vorgestellt. Ein Arbeitskreis, dem Vertreter aus 30 Unternehmen angehören, hatte das Gutachten beim Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft und beim Deutschen Jugendinstitut in Auftrag gegeben. STEFAN SCHRÖDER

In dieser Serie sind bisher erschienen: Pädagogische Ansprüche stehen hinten an (11. April), Erzieherinnen: schlechte Bezahlung, hohe Belastung (15. April), Die Kirchen: Aufnahmestopp in jedem dritten Kindergarten (20. April).